

GESUNDHEIT

Mehr Transparenz bei Ärztehonoraren

Die Regierungskoalition will für mehr Transparenz bei Ärztehonoraren sorgen. Das haben die Gesundheitsexperten von Union und FDP vergangene Woche bei Beratungen über ein Gesetz beschlossen, das die ärztliche Versorgung verbessern soll. Künftig sollen Kassenpatienten auf der Homepage ihrer gesetzlichen Krankenversicherung einsehen können, wie viel ihr Arzt für Behandlungen und Verordnungen abgerechnet hat. So können die Versicherten kontrollieren,

ob der Doktor nur das in Rechnung gestellt hat, was er tatsächlich auch geleistet hat. „Das ist ein entscheidender Schritt zu mehr Transparenz“, sagt CSU-Gesundheitsexperte Johannes Singhammer. Verbesserungen soll es auch für Behinderte und Pflegebedürftige geben, die einen Zahnarzt brauchen. Rund 20 Millionen Euro jährlich will die Regierung denjenigen Zahnärzten als Wegegeld zuschießen, die zu Heim- und Hausbesuchen bereit sind. Immer wieder hatten sich in der Vergangenheit Pflegeeinrichtungen darüber beklagt, dass es enorm schwierig sei, Zahnärzte zu finden, die mit ihrer aufwendigen medizinischen Ausstattung zu den bettlägerigen Patienten kommen.



Zahnbehandlung

KÜHNE+NAGEL

Managern droht Ärger mit US-Justiz

Fünf Top-Managern des Logistikkonzerns Kühne + Nagel (K+N), darunter auch Vorstandschef Reinhard Lange, droht Ärger mit der US-Justiz. Das deutsch-schweizerische Unternehmen hatte sich nach einer jahrelangen Kartellrechtsauseinandersetzung Anfang dieses Monats endgültig mit den amerikanischen Behörden auf einen 9,9-Millionen-Dollar-Vergleich geeinigt. Hintergrund waren Ermittlungen der US-Justiz gegen mehrere Luftfrachtunternehmen wegen unerlaubter Preisabsprachen bei Zuschlägen. In dem 26-seitigen Vergleich werden von den Behörden jedoch ausdrücklich Vorstandschef Lange und vier weitere Führungskräfte von dem Verzicht auf eine weitere mögliche Strafverfolgung

ausgenommen. Insider vermuten daher, dass die Amerikaner nach diesem sogenannten Carve-out nun gegen Lange und seine Kollegen vorgehen könnten. Laut K+N gibt es bislang aber keine Hinweise auf mögliche Ermittlungsverfahren gegen die Manager. Dass die Führungskräfte von der Immunität ausgenommen wurden, sei eine „grundsätzlich unverhandelbare Bedingung für den Abschluss“ des Vergleichs gewesen. Auch ließen sich durch das Carve-out keine „Schlussfolgerungen über ein etwaiges persönliches Fehlverhalten“ ableiten. Auch die zur Deutschen Bahn gehörenden Logistiker Schenker und Bax Global waren in den USA wegen der unerlaubten Preisabsprachen zu Geldbußen von 3,5 beziehungsweise 19,7 Millionen Dollar verurteilt worden. Anders als bei Kühne + Nagel sind Führungskräfte der Bahn allerdings durch Vergleiche mit der US-Justiz vor weiterer Strafverfolgung sicher.